

Neues Kreishaus: SPD zieht die Notbremse

PINNEBERG: Noch immer fehlen wichtige Unterlagen

Der Plan, in Pinneberg ein neues Kreishaus zu bauen, könnte ad acta gelegt werden, wenn sich die SPD durchsetzt.

VON THOMAS KLINK

Der Städtebauliche Vertrag zwischen der Firma Impala Immobilien des Hamburger Kaufmanns Mashallah Rahimi ist noch nicht unterzeichnet. Wichtige Unterlagen und Gutachten fehlen. Für die Pinneberger SPD ist das Maß voll.

Sie wird während der kommenden Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses beantragen, das Bebauungsplan-Verfahren für ein neues Kreishaus auf dem Gelände des ehemaligen Pinneberger Güterbahnhofs vorerst zu stoppen.

Zusammen mit Bürgernahen und GAL dürften die Genossen eine Mehrheit haben. „Die Mängel im Verfahren sind derart schwerwiegend, dass ein rechtlich sauberer Satzungsbeschluss derzeit

ausgeschlossen ist“, begründete Stadtentwicklungsausschuss-Vorsitzender Gerhard Thomssen (SPD) den Schritt der Genossen.

Setzen sich die Sozialdemokraten durch, gilt es als ausgeschlossen, dass Impala – wie mit dem Kreis vertraglich vereinbart – bis zum 18. März einen von der Stadt genehmigten Bebauungsplan vorlegen kann. Der Kreis – er möchte als Mieter in das Gebäude einziehen – könnte dann aus dem Projekt aussteigen. ► SEITE 5

SPD stoppt Kreishausplan

PINNEBERG: Genossen wollen Antrag stellen

Die Pinneberger SPD zieht die Notbremse. Sie will das B-Plan-Verfahren für das neue Kreishaus stoppen.

VON THOMAS KLINK

Die Pinneberger SPD hat die Faxen dicke. Sie will in Sachen Kreishaus-Neubau die Reißleine ziehen und das Bebauungsplan-Plan-Verfahren aussetzen. Das teilte Gerhard Thomssen, Vorsitzender des Stadtentwicklungsausschusses, gestern mit. Während der nächsten Sitzung des Gremiums am Dienstag, 24. Februar, wollen die Genossen einen entsprechenden Antrag stellen. „Und zwar unabhängig davon, ob am Freitag zuvor der städtebauliche Vertrag zwischen Pinneberg und der Firma Impala Immobilien des Hamburger Kaufmanns Masallah Rahimi unterzeichnet wurde oder nicht“, so Thomssen gestern im Gespräch mit unserer Zeitung. Ein erster Notartermin war – wie berichtet – geplatzt, weil es Unstimmigkeiten bezüglich einer Bürgerschaft gab.

„Schwarzer Peter liegt beim Investor“

Die Schuld an der Misere hat laut Thomssen und der Pinneberger SPD-Fraktionsvorsitzenden Angela Traboldt eindeutig Impala. „Eigentlich sind seit Dezember alle Punkte bis ins Detail klar, doch der Investor kommt mit immer neuen Forderungen“, erläuterte Traboldt die Hängepartie. Obwohl die Stadt der Impala Immobiliengesellschaft weit entgegengekommen sei und sogar eine finanzielle Beteiligung an den Erschließungskosten akzeptiert habe, sei „noch nichts in trockenen Tüchern“.

gen zum Naturschutz. Thomssens Resümee: „Die Mängel im Verfahren sind derart schwerwiegend, dass ein rechtlich sauberer Beschluss für den Bau des Kreishauses ausgeschlossen ist.“ Selbst wenn die Unterlagen noch kurzfristig nachgereicht würden, blieben der Stadtverwaltung und der Politik keine Zeit, diese vernünftig zu prüfen.

Laut Thomssen ist der Investor der Stadt Pinneberg noch zahlreiche Papiere schuldig geblieben, damit das B-Plan-Verfahren abgeschlossen werden kann. Nach wie vor fehlten Gutachten und Unterlagen über den Schallschutz am neuen Kreisverwaltungs-Gebäude, ein notwendige Expertise über mögliche Erschütterungen und Elektrosmogemissionen, die durch den Bahnverkehr verursacht werden könnten, sowie Unterla-

Erlangt das Projekt vorzeitige Baureife?

Der Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses sieht noch ein weiteres Problem: Wenn am Ende der Auslegungsfrist für die Bebauungspläne keine Einwände eingereicht worden sind, habe das Projekt eine vorzeitige Baureife erlangt. Der Investor könnte darauf vertrauen, dass sein Antrag damit quasi abgesegnet sei. Er könnte auf dem ehemaligen Güterbahnhof ein Gebäude errichten, in das nicht zwangsläufig die Kreisverwaltung einziehen müsste.

Die Pinneberger SPD dürfte mit ihrem Antrag auf Aussetzung des B-Plan-Verfahrens eine politische Mehrheit erhalten. Denn auch die Bürgernahen und die GAL stehen dem Projekt äußerst skeptisch gegenüber. Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU) wird wohl auf ein Geburtsgeschenk verzichten müssen. Denn sein Ehrentag am 18. März ist auch das Datum, bis zu dem der Investor einen genehmigten Bauantrag beim Kreis vorlegen muss. Er kann andernfalls aus dem Projekt aussteigen. Diese Möglichkeit wird immer wahrscheinlicher. Dennoch übt sich die Kreisverwaltung derzeit in Zurückhaltung. „Wir schauen, was am 18. März vorliegt und was nicht und werden kurzfristig entscheiden“, erläuterte Pressesprecher Marc Trampe im Gespräch mit unserer Zeitung.

Der Kreis hat im Zuge der Planungen bereits Geld für Gutachter und das Ausschreibungsverfahren ausgegeben. Sollte der Deal platzen, kann die Verwaltung nicht nur vom Vertrag zurücktreten sondern auch Regressansprüche geltend machen. Nach Informationen unserer Zeitung bis zu zwei Millionen Euro.